IG Metall Ulm / Biberach zufrieden mit dem Ausgang der Betriebsratswahlen 2006.

Riebl greift Ulmer Arbeitgeberverband Südwestmetall scharf an.

„Die Betriebsratswahl 2006 hat die gewerkschaftliche Orientierung der Betriebsräte und ihre Einbindung in die IG Metall überzeugend bestätigt“, so Reinhold Riebl, der 2. Bevollmächtigte der Ulmer Metallgewerkschaft bei der Erläuterung der Wahlergebnisse nach der Auswertung von 92 durchgeführten Wahlen. In diesen Betrieben arbeiten 96 % der Beschäftigten, die im Organisationsbereich der IG Metall Ulm zu den Wahlen aufgerufen waren.

Insgesamt wurden gestaffelt nach der Beschäftigtenzahl 722 Betriebsratsmitglieder gewählt. Für 484 Betriebsräte war es eine Bestätigung im Amt. Aber immerhin 238 Betriebsräte (das sind 33 %) wurden erstmals gewählt. Dazu Reinhold Riebl: „Wir sehen darin eine gesunde Mischung zwischen Stabilität und Veränderung. So haben wir uns das gewünscht.“

Unter den gewählten Betriebsräten sind 167 Frauen (= 23 %). Damit liegt dieser Anteil um 3 Prozentpunkte höher als der Frauenanteil unter den Beschäftigten in den erfassten Betrieben.

75 % der gewählten Betriebsräte sind bereits jetzt Mitglied der IG Metall. „Gerade unter den Kandidaten in den Kleinbetrieben, die erstmals zur Wahl antraten, gab es einige nicht gewerkschaftlich organisierte. Viele von ihnen sind unmittelbar nach der Wahl Mitglied der IG Metall geworden. Um die Gewinnung der übrigen bemühen wir uns intensiv“ so Riebl, der die Betriebsratswahl verantwortlich für die IG Metall Ulm organisiert hat.

Allerdings verschweigt Riebl nicht, dass es auch einige Gremien im Zuständigkeitsbereich der IG Metall Ulm gebe, die von unorganisierten Betriebsräten dominiert werden. „Dies ist zweifellos eine

Schwachstelle bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und ein Einfallstor für die Arbeitgeber.“ Nach Auffassung von Riebl ist dieses Problem besonders brisant, weil in den letzten Jahren die Angriffe auf die tariflichen Standards zugenommen haben. Im Organisationsbereich der IG Metall sei es trotz der seit 2004 bestehenden Möglichkeit „legaler“ Tarifabweichungen zu gesetzeswidrigen Betriebsvereinbarungen zwischen Betriebsräten und Unternehmensleitungen gekommen. Vor allem die Bedingung einer Prüfung der wirtschaftlichen Situation durch unabhängige Sachverständige würde in diesen Fällen nicht erfüllt, weil die Arbeitgeber nicht bereit seien ihre Bücher offenzulegen.

„Betriebsräte ohne gewerkschaftliche Einbindung können sich kaum verteidigen, wenn Arbeitgeber sich an Tarifverträgen vergreifen wollen. Diese Betriebsräte tragen so zur Zerstörung des Flächentarifvertrags bei. Sie verstoßen nicht nur gegen ihre gesetzlichen Pflichten sondern enteignen die Beschäftigten, indem sie deren individuelle Ansprüche aus dem Arbeitsvertrag beschneiden,“ so Riebl. Die IG Metall Ulm wird damit konfrontiert, dass unorganisierte Betriebsräte ohne Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch einen qualifizierten externen Sachverständigen die Tarifabweichungen bereits akzeptiert haben. „Wir sollen durch die von der Unternehmensleitung und den unorganisierten Betriebsräten geschaffenen Fakten unter Druck gesetzt werden. Das machen wir nicht mit. Gegebenenfalls mobilisieren wir die Belegschaften gegen diese Betriebsratspolitik.“

Für zunehmende Irritation bei der IG Metall Ulm sorgt die Politik des Ulmer Arbeitgeberverbands Südwestmetall. „Wenn ich mir den vornehmen Kreis der Beiratsmitglieder von Südwestmetall Ulm ansehe und wenn ich betrachte wie ein Teil dieser Herren versucht im Betrieb den Flächentarifvertrag aufzubrechen, kann ich nicht glauben, dass dies eine Häufung von Einzelfällen ist. Aus meiner Sicht hat der Arbeitgeberverband Südwestmetall die Rolle des Scharfmachers ü-

bernommen, der die Unternehmensleitungen zu Tarifabweichungen anstiftet und sie dabei anleitet.“

„Dies war in den letzten Jahren leider kein Randproblem,“ bedauert Reinhold Riebl. Trotzdem ist Riebl zuversichtlich, dass mit den neu gewählten Betriebsräten und im Umfeld einer deutlich verbesserten wirtschaftlichen Situation der Flächentarifvertrag wieder stabilisiert werden kann. „Die Arbeitnehmer erleben die Perspektivlosigkeit einer fortgesetzten Verzichtspolitik angesichts der Tatsache, dass aus Sicht der Unternehmer die Gewinne nie hoch genug sind.“